

Nach dem Zweiten Weltkrieg, nach den Verheerungen der Nazi-Zeit, hatten auch die Bürgerlichen eingesehen, international und in der Schweiz, dass eine positive gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Perspektive nur eine sein kann, die allen, und vor allem den Leuten mit kleinen und mittleren Einkommen, Chancen bietet, die ihre Lage Schritt um Schritt verbessert und auch für sie, nicht nur für die Privilegierten, nach vorne weist. Die Voraussetzungen dafür waren der Aufbau und Ausbau des Sozialstaats, eine ausgeglichene Lohnpolitik für alle und eine progressive Steuerpolitik, die dafür sorgte, dass jene mit hohen Einkommen und grossen Vermögen sich nicht aus der Gesellschaft verabschieden konnten. Diese politischen Grundsätze sind durch den Neoliberalismus umgedreht worden. Der Neoliberalismus war und ist in erster Linie ein Klassenkampfprogramm für die Interessen der hohen und höchsten Einkommen und Vermögen, ein Programm der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit.

Die gleiche Logik neofeudaler Privilegien gilt für die Verbrechen des Kapitals. Wenn Millionäre und Milliardäre in die Maschen des Gesetzes geraten, dann können sie sich, wenn es eng wird, freikaufen. Den gewöhnlichen Sündern drohen Strafverschärfungen, und, wenn sie das Pech haben, keinen schweizerischen Pass zu besitzen, die Ausschaffung.

Unser Schönwetter-Arbeitsrecht, das in seinem Grundbestand noch aus den Zeiten der Hochkonjunktur stammt, spricht dieselbe Sprache: wenige Rechte und wenige Regeln. Wenn ein Unternehmen geschlossen wird oder Personal abbaut, dann bekommt der Manager einen goldenen Fallschirm, Totalversagen hin oder her. Für die Belegschaft bleibt bestenfalls ein Sozialplan, und nicht einmal der ist heute garantiert.

Gegen diese neue Klassen-Gesellschaft, auch in Gesundheit und Bildung, gegen diese Ungleichheit vor dem Gesetz braucht es eine wirtschafts-politische und sozialpolitische Wende. Es kann nicht sein, dass die reichsten 3 Prozent so viel besitzen wie die restlichen 97 Prozent. Oder die reichsten 300 mit 460 Milliarden so viel wie das ganze BIP. Und dass sich die Politik, zum Beispiel die Steuerpolitik oder die Sozialpolitik, auf die Interessen dieser Leute ausrichtet und die Ungleichheit noch verschärft.

Es gibt einfache und wirksame Rezepte im Kampf gegen die zunehmende Ungleichheit und für die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse. Gute Mindestlöhne und Gesamtarbeitsverträge gehören genauso dazu wie anständige Renten, progressive Steuern genauso wie ein funktionierender Sozialstaat und ein Service public, der diesen Namen verdient. Der Sozialstaat ist nicht das Gegenteil von Freiheit; für die meisten Menschen ist er die Basis von Freiheit. Dass diese Wende hin zu einer sozialen Entwicklung möglich wird, hängt entscheidend von den Gewerkschaften ab.

Aus der Schlussrede von Paul Rechsteiner, SGB-Präsident.

VPOD-Magazin, Dezember 2010.